

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Wer die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Europäische Integration in den letzten Jahrzehnten betrachtet, dem können Zweifel daran kommen, dass es den Deutschen mit der Einigung Europas wirklich ernst ist. Der 1. Mai 2004, der Tag des Beitritts von zehn Ländern, davon acht aus dem ehemaligen Ostblock, zur Europäischen Union, hätte ein Tag des Jubels sein können, ein Tag der Freude über Freiheit und Frieden in Europa und über die endgültige Überwindung der Teilung des Kontinents. Doch stattdessen überwiegen bei der Bevölkerung, wie in der öffentlichen Diskussion, Skepsis und Unbehagen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl vom 13. Juni 2004 ist dabei, anders als oft angenommen wird, allein noch nicht als Kennzeichen einer Vertrauenskrise zu werten. Sie ist eher ein Hinweis darauf, dass weite Teile der Bevölkerung dem Europäischen Parlament nach wie vor eine geringe Bedeutung beimessen. Die hohen Stimmanteile europafeindlicher Parteien in vielen Mitgliedsländern zeigen aber deutlich, dass das Misstrauen der Bürger gegenüber den Institutionen der EU gewachsen ist. Der Bonner Politikwissenschaftler Marcus Höreth spricht von einer „Legitimitätskrise“ der Europäischen Union und nennt als eine Ursache dafür den „von fast allen EU-Staats- und Regierungschefs als unbefriedigend angesehenen“ Vertrag von Nizza.¹ Auch Werner Weidenfeld und Josef Janning verweisen in diesem Zusammenhang auf Nizza. Es sei „zum Symbol für in Kompromissformeln verhaftete Millimeterschritte“ geworden.²

Sicherlich tragen die zähen, von den Bürgern kaum durchschaubaren europäischen Verhandlungen und Kompromisse dazu bei, dass die Bevölkerung in Deutschland wie auch in anderen EU-Ländern,³ die Entwicklung der Europäischen Union zur Zeit auffallend kritisch betrachtet, doch es stecken noch zwei weitere, grundlegendere Motive dahinter: Der Zweifel, dass sich der Integrationsprozess als Ganzes in die richtige Richtung bewegt und die Furcht, die Erweiterung und Umgestaltung der Europäischen Union könne letztlich auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen werden. Dies zeigt sich beispielsweise an den Ergebnissen einer Allensbacher Repräsentativumfrage, die im April 2004 stattfand, also wenige Wochen vor dem Beitritt der neuen EU-Mitglieder. Eine Frage lautete: „Zum 1. Mai dieses Jahres werden ja einige osteuropäische Länder wie Polen, Ungarn und Tschechien in die Europäische Union aufgenommen. Sehen Sie darin mehr Chancen oder mehr Risiken für Deutschland?“ „Mehr Chancen“ antworteten 16 Prozent der Befragten, „Mehr Risiken“ 65 Prozent.⁴ Fragt man noch etwas genauer nach, welche konkreten Folgen die Bevölkerung von der Osterweiterung der EU erwartet, dann erkennt man eine auffallend große Bandbreite der Befürchtungen: Drei Viertel der Befragten erwarten, dass die EU-Osterweiterung zu größeren finanziellen Belastungen für die Union führt, zwei

1 Marcus Höreth: Die erweiterte EU in der Legitimitätskrise, in: Der Bürger im Staat 54. Jg., Heft 1, 2004, S. 41-47, hier S. 41.

2 Werner Weidenfeld / Janning, Josef: Europas Alternativen. Gestaltungsoptionen für die große EU, in: Internationale Politik Heft 4, 2004, S. 1-10, hier S. 2.

3 Zur Bevölkerungsstimmung in anderen EU-Ländern siehe Höreth 2004, S. 42.

4 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7055.

Drittel nehmen an, dass die Kriminalität zunimmt, dass die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland wächst, dass mehr Unternehmen aus Deutschland abwandern und dass die Arbeitslosigkeit steigen wird. Nur ein Drittel der Deutschen vermutet, dass sich durch die Osterweiterung neue Absatzmärkte für deutsche Firmen erschließen und dass der Frieden langfristig gesichert wird. Dass der Beitritt der zehn neuen EU-Länder das

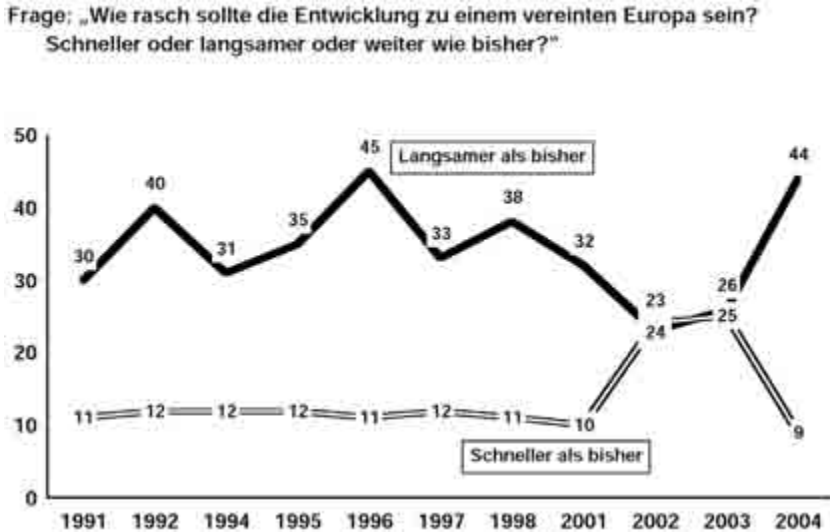
Frage: „Hier ist einmal aufgeschrieben, was uns andere zur EU-Osterweiterung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung? (Listenvorlage)“



Wirtschaftswachstum in Deutschland belebt, glaubt nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung.

Auf diese Weise erscheint die Osterweiterung als Bedrohung und nicht als Chance. Dementsprechend antworten auch 57 Prozent der Deutschen auf die Frage „Kommt der Beitritt dieser Länder zu früh, zu spät oder gerade richtig?“ mit „Er kommt zu früh“. Als besonders bedrohlich erscheint den Deutschen die Vorstellung, es könnten bald weitere Länder in die Union aufgenommen werden. 69 Prozent stimmen der Aussage zu, man solle „einige Jahre lang keine weiteren Länder in die EU aufnehmen. Man sollte zunächst abwarten, wie die Europäische Union diese Erweiterung verkraftet.“ Und 78 Prozent ant-

worten auf die Frage „Ist es wichtiger, die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer zu vertiefen, also die politische Zusammenarbeit zu verstärken, oder ist es wichtiger, die EU zu



erweitern?“ es sei nun wichtiger, die Zusammenarbeit zu vertiefen.⁵ Erschreckt und überfordert von der Tragweite der jüngsten Entscheidungen wünschen im Jahr 2004 44 Prozent der Deutschen, die europäische Einigung möge doch langsamer vorangehen.

Zum Teil wird man diese Entwicklung in der Bevölkerungsmeinung auf den Fokus der Medienberichterstattung über die Osterweiterung der Europäischen Union zurückführen können. Nach den Analysen des Bonner Medien Tenor-Instituts, das die Berichterstattung der führenden deutschen Zeitungen, Nachrichtenmagazine und Fernseh-Nachrichtensendungen kontinuierlich mit quantitativen Inhaltsanalysen aufschlüsselt, wurden die Beitrittsländer im Frühjahr 2004 in erster Linie als „verlängerte Werkbank Westeuropas“ dargestellt und damit letztlich auch als Länder, die wegen ihrer niedrigeren Arbeitskosten Arbeitsplätze in Deutschland gefährden. Die Chancen, die sich aus der Dynamik dieser Region auch für die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland ergeben, spielten in der Berichterstattung eine erheblich geringere Rolle.⁶

Doch darüber hinaus entspricht die skeptische Haltung der Deutschen gegenüber der Osterweiterung der Europäischen Union auch einem seit Jahrzehnten immer wieder zu beobachtenden allgemeinen Verhaltensmuster: Je wahrscheinlicher es wird, dass ein von der Bevölkerung seit langem erwünschter Schritt in der Europäischen Integration Wirklichkeit wird, desto größer werden die Zweifel an diesem Schritt. So wandten sich die

5 Ebenda.

6 Das Mitteleuropa der Investoren. Was aus Mediensicht in den Beitrittsländern mit unserem Geld passiert, in: Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 143, April 2004, S. 36-40.

7 Elisabeth Noelle-Neumann / Petersen, Thomas: Die Bürger in Deutschland, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Gütersloh 2002, S. 618-635, hier S. 624.

Westdeutschen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik umso mehr von dem Gedanken an die - anfangs herbeigesehnten - „Vereinigten Staaten von Europa“ ab, je weiter die Europäische Einigung voranschritt.⁷ Und im Januar 1970 antworteten auf die Frage „Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es keine D-Mark mehr geben würde, sondern nur noch ein einheitliches europäisches Geld?“ 52 Prozent, sie seien für eine solche einheitliche europäische Währung. Nur 26 Prozent sprachen sich dagegen aus. Erst als die Pläne zur Einführung des Euro allmählich konkrete Gestalt annahmen, wandten sich die Deutschen von dem Gedanken an eine gemeinsame Europäische Währung ab. Im April 1996 standen dann 19 Prozent Befürwortern 56 Prozent Gegner gegenüber.⁸

Diesem Muster entspricht nun auch die Reaktion der Deutschen auf die Frage, welche Länder zur Europäischen Union gehören sollten. Für einen Beitritt Ungarns zur EU sprachen sich im April/Mai 2002 noch 49 Prozent der Bevölkerung aus, im Februar 2004 44 Prozent und im April 2004 noch 36 Prozent. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt Polens fiel im gleichen Zeitraum von ohnehin niedrigen 35 auf 23 Prozent, der zum Beitritt der Tschechischen Republik von 34 auf 24 Prozent.⁹ Je näher die Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten rückte, je intensiver die Bevölkerung in den Massenmedien über die Risiken dieses Schritts informiert wurde (ohne Verweis auf die Chancen), desto größer wurde die Furcht vor den möglichen Folgen des Jahrhundertereignisses.

Ablehnung eines Beitritts der Türkei

Als Sonderfall in der Diskussion um den Beitritt weiterer Länder zur Europäischen Union muss die Debatte um den Mitgliedsantrag der Türkei angesehen werden. Der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz hat kürzlich in einem Beitrag für die „Zeitschrift für Politik“ eindrucksvoll erläutert, warum aus Sicht vieler Türken der Beitritt ihres Landes eine logische Folge jahrzehntelanger konsequenter Westpolitik, ein Ausdruck türkischen Selbstverständnisses und damit überfällig sei: „Die 80jährige Republik“, schreibt er, „hat sich stets als Teil des Westens angesehen und in der Gemeinschaft der westlichen Staaten ihren Platz eingenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Türkische Republik ihre außenpolitische Präferenz ebenfalls zugunsten des Westens gesetzt und sich für ein gemeinsames Vorgehen mit dem Westen entschieden. Angefangen mit der NATO ist die Türkei allen europäischen Institutionen beigetreten. Aus ihrer Westorientierung hat sich als natürliche Schlussfolgerung auch 1959 der Antrag [auf Beitritt] zur damaligen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben.“¹⁰

Hier gibt es einen fundamentalen Gegensatz zwischen der von Yilmaz beschriebenen türkischen Sichtweise und der Ansicht der deutschen Bevölkerung. Für sie ist die Türkei zwar vielleicht ein Teil des Westens, doch zu Europa gehört sie für die meisten Deutschen nicht dazu. Dies zeigt eine Frage des Allensbacher Instituts, bei der den Befragten eine Liste mit 20 Ländern vorgelegt wurde mit der Bitte, diejenigen Länder von der Liste zu nennen, die nach ihrer Ansicht europäische Länder seien. Lediglich 21 Prozent der Befragten stufen die Türkei bei dieser Frage als Europäisches Land ein. Sie landete damit an vor-

8 Ebenda, S. 629. Elisabeth Noelle-Neumann / Köcher, Renate (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997, Bd. 10. Demoskopische Entdeckungen. Allensbach 1997, S. 1176.

9 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7021, 7039, 7055.

10 Mesut Yilmaz: Der Eintritt der Türkei in die EU aus türkischer Sicht, in: Zeitschrift für Politik 51, 2004, S. 192-200, hier S. 193.

11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7055.

12 Ebenda.

letzter Stelle, vor Israel, aber hinter Russland, Albanien und der Ukraine.¹¹ Dementsprechend sprechen sich derzeit auch nur 12 Prozent der Deutschen für einen EU-Beitritt der Türkei aus, 66 Prozent sind dagegen.¹² Es spricht einiges dafür, dass diese Ablehnung nicht Ausdruck einer grundsätzlichen Abneigung gegenüber der Türkei ist. So sagt eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Bevölkerung, sie hielte den Vorschlag von Angela Merkel für eine gute Idee, der Türkei eine so genannte „Privilegierte Partnerschaft“ anzubieten, bei der die Türkei zwar nicht Mitglied der EU werden würde, sondern bei der die Türkei und die EU eine Freihandelszone bildeten, in der Waren und Dienstleistungen uneingeschränkt ausgetauscht werden könnten.¹³ Auch 37 Prozent der SPD- und 30 Prozent der Grünen-Anhänger stimmen dem Vorschlag zu, obwohl in der Frageformulierung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die Idee von Angela Merkel ins Gespräch gebracht worden war. Das bedeutet, dass viele Deutsche eine enge Partnerschaft mit der Türkei befürworten, sie in der Europäischen Union aber als Fremdkörper empfinden.

Man muss annehmen, dass hier der über Jahrhunderte gewachsene historische Gegensatz zwischen dem christlichen Abendland und dem Morgenland nachwirkt. Der religiöse Unterschied zwischen der muslimischen Türkei und den christlich geprägten Ländern der EU spielt dabei zwar sicherlich nicht die einzige, aber doch eine wesentliche Rolle. Darauf weist das Ergebnis einer so genannten Dialogfrage hin, bei der den Befragten ein Bildblatt vorgelegt wurde, das zwei Personen im Schattenriss zeigte. Jeder Figur war eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagte: „Ich finde, was die europäischen Länder vor allem verbindet, sind Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Mit Religion und Glauben hat das für mich nichts zu tun.“ Die andere Person antwortete: „Das bin ich anderer Meinung. Auch die Religion und die christliche Glaubenstradition verbindet die europäischen Länder, nicht nur Demokratie, Freiheit und Menschenrechte.“ Die Frage zu diesem Bildblatt lautete: „Wer von den beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ 53 Prozent der Deutschen stimmten im Mai 2004 der ersten Aussage zu, aber immerhin 35 Prozent sagten, dass ihrer Ansicht nach die christliche Glaubenstradition zu Europa dazugehöre.¹⁴ Dieser Wert ist als hoch anzusehen in einer Bevölkerung, in der sich nur noch eine Minderheit als religiös bezeichnet. Selbst die konfessionslosen Befragten stimmten zu 23 Prozent diesem Argument zu. Es erscheint wahrscheinlich, dass eine noch etwas behutsamere Formulierung der Aussage, die auf das Wort „Religion“ verzichtet und die Argumentation allein auf einen Begriff wie „christliche Kulturtradition“ gestützt hätte, noch stärkere Zustimmung erfahren hätte. Vor dem Hintergrund dieses Europabildes vieler Deutscher erscheint es verständlich, dass sich die Bevölkerung bisher nicht an den Gedanken an einen EU-Beitritt der Türkei hat gewöhnen können.

Die europäische Verfassung

Ein Vorhaben der europäischen Einigung, dem die Deutschen mehrheitlich positiv gegenüberstehen, ist der Versuch, der Europäischen Union eine gemeinsame Verfassung zu geben. Im Jahr 2003 hatte es noch den Anschein, als würde die Chance, mit dem europäischen Verfassungskonvent ein von der deutschen Bevölkerung als positiv wahrgenommenes Signal der Integration zu setzen, an der mangelnden Aufmerksamkeit der Deutschen scheitern. 50 Prozent der Bevölkerung antworteten im Frühjahr 2003 auf die Frage „Finden

¹³ Ebenda.

¹⁴ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7056.

Sie es gut, dass jetzt eine gemeinsame Verfassung für die EU ausgearbeitet wird, oder geht ihnen das zu weit?“ sie fänden dies gut, nur 18 Prozent sagten: „Das geht mir zu weit.“ Gleichzeitig hatten zu diesem Zeitpunkt aber nur 33 Prozent der Befragten vom Europäischen Verfassungskonvent gehört.¹⁵ Seitdem ist das Interesse der Deutschen an diesem Thema merklich angestiegen. Im April 2004 hatten 47 Prozent der Befragten in Allensbacher Repräsentativumfragen von den Bestrebungen gehört, eine europäische Verfassung zu verwirklichen, im Mai waren es bereits 57 Prozent und im Juli 2004, nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs auf einen Verfassungsentwurf, lag der Anteil derer, die von diesem Ereignis wussten, bei 73 Prozent.¹⁶ Dabei liegt die Zustimmung zu dem Vorhaben auf einem ähnlich hohen Niveau wie im vergangenen Jahr: 44 Prozent der Deutschen sagen, sie fänden es gut, dass jetzt eine gemeinsame Europäische Verfassung ausgearbeitet wurde, 19 Prozent meinen, das gehe zu weit.¹⁷ Allerdings ist die Bevölkerung in der Frage gespalten, ob die gemeinsame Verfassung der europäischen Einigung wirklich nützen werde. Auf die Frage: „Wird die Europäische Verfassung die EU voranbringen, oder wird die Europäische Verfassung keinen wesentlichen Einfluss auf die Weiterentwicklung der EU haben?“ antworteten im Juli 2004 26 Prozent, sie glaubten, die Verfassung werde die EU voranbringen, ebenfalls 26 Prozent meinten, die Europäische Verfassung werde letztlich keinen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der EU haben.¹⁸ Fast die Hälfte der Befragten äußerte sich unentschieden, ein auch für Fragen, die die Europäische Union betreffen, außerordentlich hoher Wert, der als Kennzeichen der Unsicherheit der Bevölkerung in dieser Frage gedeutet werden muss.

Wie positiv die Deutschen einer Europäischen Verfassung zumindest grundsätzlich gegenüberstehen, zeigt sich auch an den Antworten auf Fragen nach einer möglichen Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf. Bei der Frage: „Sollte es auch in Deutschland eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung geben oder nicht?“ sprachen sich 69 Prozent für eine solche Abstimmung aus, nur 17 Prozent dagegen.¹⁹ Dieses Ergebnis entspricht der langjährigen Erfahrung in der Demoskopie. Unabhängig davon, welches politische Thema man wählt, sprechen sich fast immer rund zwei Drittel der Bevölkerung zugunsten von Volksabstimmungen aus. Bemerkenswert ist nun vor diesem Hintergrund das Ergebnis der Frage: „In Großbritannien soll es ja eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung geben. Finden Sie es gut, dass die Briten über die Europäische Verfassung abstimmen werden, oder finden Sie das nicht gut?“ Hier sagten im Mai 2004 mit 49 Prozent vergleichsweise wenige Befragte, dass sie eine solche Abstimmung befürworteten.²⁰ Und bei der Frage „Einmal angenommen, die Briten lehnen in der Volksabstimmung die Europäische Verfassung ab: Sollten dann die anderen EU-Mitgliedsländer alles dafür tun, dass die Verfassung trotzdem in Kraft treten kann, oder sollte man dann lieber auf die Europäische Verfassung verzichten?“ weigert sich eine Mehrheit von 51 Prozent der Deutschen, die Konsequenzen eines solchen Abstimmungsergebnisses, das zumindest vorläufige Scheitern des Verfassungsentwurfs, zu akzeptieren.²¹ Trotz aller Skepsis und Furcht vor den mit ihr verbundenen Folgen ist es den Deutschen letztlich doch ernst mit

¹⁵ Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003. Bonn 2003, S. 313-318, hier S. 318.

¹⁶ Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7055, 7056, 7058.

¹⁷ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7056.

¹⁸ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7058.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7056.

²¹ Ebenda.